

ÜBERSICHT 10 (Auszug)

Organstreitverfahren

A. Zuständigkeit des BVerfG, Art. 93 I Nr. 1 GG, § 13 Nr. 5, §§ 63 ff BVerfGG

B. Zulässigkeit

I. Beteiligtenfähigkeit, § 63 BVerfGG

=> Antragsteller und Antragsgegner

alle obersten Bundesorgane

und Organteile, soweit im GG oder in den GOen mit eigenen Rechten ausgestattet

(z. B. BT-Ausschuss; Bundesminister; auch Fraktion und Gruppe, § 10 GOBT;

nicht aber z.B. G-10 Kommission)); maßg. Zeitpunkt: Anhängigmachung

- Abgeordneter, soweit es um Rechte aus Art. 38 I 2 GG geht (⇔ VB)

- Parteien, soweit es um Rechte aus Art. 21 GG geht (⇔ VB)

II. Antragsgegenstand

rechtserhebliche Maßnahme (Handeln, Dulden oder Unterlassen) des Antragsgegners

Rechtserheblichkeit (-) falls Rechtsfolgen (-), z. B. bei bloßer Rüge im BT

III. Antragsbefugnis, § 64 BVerfGG

Möglichkeit der Verletzung von Organrechte aus dem GG (Rechte aus den GOen sind hier nicht ausreichend, diff. zur Beteiligtenfähigkeit)

Da auch Organteile klagen können => Prozessstandschaft möglich (z.B. Fraktion macht im eigenen Namen Rechte des Bundestages geltend)

wichtig: keine Prozessstandschaft des einz. Abgeordneten für den gesamten BT (h.M.)

IV. Form, § 23 BVerfGG

V. Frist, § 64 III BVerfGG (6 Monate)

VI. bei Anlass: RSB (P) z.B. bei mittlerweile aus dem BT ausgeschiedenen Abg.,

dann aber RSB oftmals zu bejahen, da sich Situation mit and. Abg. wdh. kann (ähnlich FFKl.)

(S) obj. Klarstellungsinteresse

C. Begründetheit

Verletzung eines verfassungsrechtlichen Rechts des Antragstellers durch die rechtserhebliche Maßnahme des Antragsgegners, vgl. §§ 64 I, 67 S. 1 BVerfGG.

Organstreitverfahren: Art. 93 I Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff.

BVerfGG

A) Zulässigkeit

Vgl. Bespr. vorab

B) Begründetheit

Obersatz: § 67 BVerfGG ⇒ Rechtmäßigkeit der Weigerung

⇒ Pflicht z. Ausfertigung o. Prüfungsrecht? Art. 82 I S. 1 GG

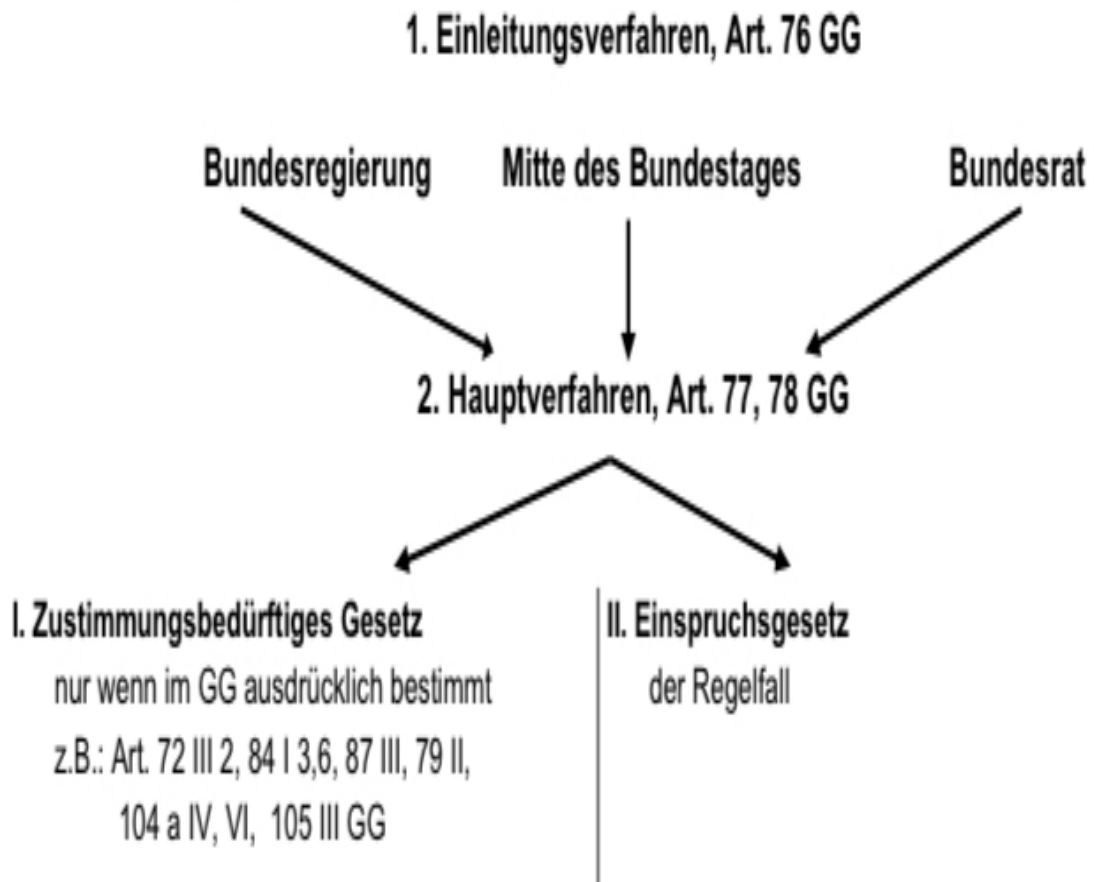
I. Formelles Prüfungsrecht unstr. (+)

⇒ formelle Rechtmäßigkeit des Gesetzes

1. Gesetzgebungskompetenz

Art. 74 I Nr. 4, 72 II GG

2. Gesetzgebungsverfahren



- a) Gesetzgebungsinitiative \Rightarrow Art. 76 GG i.V.m.
§ 76 I GeschO BT
- b) Beschluss des BT, Art. 77 I GG
- aa) Beschlussfähigkeit
§ 45 GeschO BT \Rightarrow Hälfte der Mitglieder (-)
aber: § 45 II GeschO BT: Beschlussunfähigkeit muss vor
Abstimmung gerügt werden, sonst unbeachtlich
- bb) Mehrheit? \Rightarrow Art. 42 II GG, § 48 II GeschO BT: grds. einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreichend
- c) Verfahren im Bundesrat
- aa) unverzügliche Weiterleitung, Art. 77 I S. 2 GG (+)
- bb) Einspruchs- oder Zustimmungsgesetz?

Zustimmungsbedürftigkeit nur bei ausdrücklicher Regelung \Rightarrow

ÄnderungsG selbst (-), aber geändertes Gesetz

\Rightarrow jedes ÄnderungsG zu Zustimmungsg zustimmungsbedürftig?

contra: Regel-Ausnahme-Verhältnis umgekehrt, BR als zweite Kammer \Leftrightarrow Art. 77 GG

\Rightarrow ÄnderungsG nur zustimmungsbedürftig, wenn es

- selbst zustimmungsbedürftige Regelung enthält
- zustimmungsbedürftige Regelungen des Ursprungsgesetzes ändert oder
- wenn das ÄnderungsG indirekt auf die die Zustimmungspflicht auslösenden Vorschriften einwirkt

hier: (-) \Rightarrow Einspruchsgesetz \Rightarrow eingelegter Einspruch

statthaft? (-), erst nach Anrufung des Vermittlungsausschusses, Art. 77 III S. 1 GG ⇒ Frist dazu abgelaufen ⇒ Bundesrat ordnungsgemäß beteiligt, hat aber von seinen Möglichkeiten keinen Gebrauch gemacht
Zwischenergebnis: Gesetz formell rechtmäßig

II. Materielles Prüfungsrecht (streitig!)

Im Wesentlichen:

- Art. 82 I S. 1 GG
- Amtseid, Art. 56 GG
- Präsidentenanklage, Art. 61 GG ⇒ allesamt indifferent
- Staatsrechtliche Stellung des BPräs im GG
- historisches Argument
- Grundgesetzbindung nach Art. 1 III und Art. 20 III GG ⇒ BPräs kann nicht gezwungen sein, „sehenden Auges“ einem verfassungswidrigen Gesetz zur Wirksamkeit zu verhelfen

Zwischenergebnis: materielles Prüfungsrecht wohl (+)

(a.A. gut vertretbar!)

4. ⇒ Weigerung der Ausfertigung rechtmäßig, da Gesetz objektiv rechtswidrig

Ergebnis: Organklage zulässig, aber unbegründet